

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Inhalt die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12 — Sächsischer Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327 Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmönatlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Die Frau und ihre Welt“, Illustrierte Sonntagsbeilage: „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisförmung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 203

Bad Schandau, Sonnabend, den 30. August 1930

74. Jahrgang

Für eilige Leser.

Das Wettrennen über den Ozean ist beendet. Der Lloyd-Dampfer „Europa“, der zu gleicher Zeit mit der „Mauretania“ aus Southampton ausgelaufen war, ist mit großem Vorsprung vor dem englischen Dampfer in New York eingetroffen.

Der Generalinspektor der Polizei von Bengalen und ein Polizeikommandeur wurden durch unbekannte Attentäter in Kalkutta auf offener Straße durch Revolverkugeln schwer verletzt.

Geiß Deutsche!

Eine Stunde Wahlpolitik in der Tschechoslowakei.

Von Franz L. Edenbrecher.

Utsch, Ende August 1930.

Noch brummt mir der Kopf von der Stunde Deutsch, die ich im „Deutschen Haus“ zu Utsch erlebt habe. Der Ort liegt in der Tschechoslowakei. Viele von uns wissen das gar nicht einmal. Kleiner von uns könnte auf den Einfall kommen, daß die saubere Stadt zwischen dem sächsischen Vogtlande und der bairischen Grenze etwa nicht zu Deutschland gehören könnte. Man will daran nicht einmal glauben, wenn man dem tschechischen Zollbeamten in Oberreuth — er grüßt übrigens mit den keineswegs tschechischen Worten „Hab die Ehr!“ — und macht dabei den weltberühmten Franz-Josef-Knick — den Paß gezeigt hat und weiter in das Ausland eindringen darf, weil man als Salzschmuggler nicht in Verdacht geraten ist. Utsch gehört zu den deutschen Städten, die vor allem einmal einen wichtigen Bismarkt aufzuweisen haben. Er ist das Marktzentrum der ganzen Landschaft.

Wenn man auf seiner Höhe steht, kann man nicht auf den Gedanken kommen, im Auslande und gar in einem unfreundlichen Auslande zu sein, spricht doch hier alle Welt deutsch und gehören doch gerade diese Vogtlanddeutschen und Egerländer zu dem liebsten deutschen Volkstamm. Aber im „Deutschen Haus“ von Utsch hatten sie an diesem Tage ihre Lebenswürdigkeit ganz vergessen. Und doch war ich so vertrauensvoll die Kellertreppe hinunter gestiegen, die Augen und das Herz noch voll von einem Schillergerüststein, einer Wüste des Turnvaters Zahn und einem Denkmal Theodor Körners, das den kämpfenden Freiheitshelden zeigt, wie er — getroffen vom tödlichen Blei — vom Pferde stürzt.

Als ich meine Augen an das Halbdunkel des Gastzimmers im „Deutschen Haus“ gewöhnt hatte, erkannte ich um mich her die Gesichter freundlicher Männer, die behaglich aus ihren Tabakspfeifen schmauchten und sich an Zigaretten und Bier labten. Sie hatten Lust zu ergötzen. „Wir müssen durch die Tschechen viel leiden, aber wir sind und bleiben deutsch!“ ist eine der ersten Auskünfte, die ich bekomme. Ich habe aber auch welche zu geben und werde freundlich aber bestimmt gedrängt zu verraten, wie ich denn in Deutschland mein Brot verdiene. Als ich mich dann so ganz beiläufig als Zeitungsmann bekannte, da — gingen allmählich alle Zigaretten aus, und alle Pfeifen wurden kalt. Zwischen belam ich aber eine Stunde deutsche Wahlpolitik verabreicht, die ich zeitweilig nicht vergessen werde.

Da hieß es unter vielem anderen: „Wir hören von Euch in jeder Zeitung und von jedem Menschen, der aus Euren Kurorten zu uns nach Utsch herein kommt, immer wieder die Worte wachsende Not, steigendes Elend, Arbeitslosigkeit, außenpolitische Schwierigkeiten, Kriegszustände und vieles Ähnliche. Wer aber sollte das den Deutschen glauben, wenn er nichts anderes wüßte, als daß sie jetzt wieder mit zwanzig und mehr Parteien zum Wahlkampf antreten!“ So sprang einer gleich frisch in die Sache hinein. Und da wurden auch den anderen die Köpfe heiß und die Zungen sehr lebendig. Hier fehlte wirklich ein Rundfunk-Reporter mit seinem Mikrophon; denn was hier gesagt wurde, hätte in den Ohren aller Deutschen widerklingen müssen, obwohl hier keine Minister, keine Wirtschaftsführer, keine Gelehrten und keine Künstler das Wort nahmen, sondern schlichte Handwerker und Ackerbürger ihrem deutschen Herzen Lust machten mit Selbstverständlichkeiten, die doch im Deutschen Reich selbst so gar keine Beachtung finden, Selbstverständlichkeiten wie diesen: Es kann keinen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und des deutschen Lebens geben, wenn man mit dem Marxismus paktiert. Deutschland wird niemals seiner drückenden Lasten und zermüthenden Sorgen ledig, wenn an zwanzig Parteien, die sich bürgerlich nennen, für zum Teil sehr kleinliche Interessen gegeneinander zu Felde ziehen. Es dürfte überhaupt nur eine Wahlparole in Zeiten wie diesen geben, müßte ich mir in der Tschechoslowakei von Deutschen sagen lassen, die im Kampfe um ihr Deutschtum stehen und Tag für Tag dafür ihren Zoll an Unannehmlichkeiten bis zu schwersten persönlichen und wirtschaftlichen Schädigungen zu zahlen haben, nur die Parole: „Seid einig und seid Deutsche!“ Ob wir denn überhaupt kein Gefühl dafür hätten, im entscheidenden Ringen um die Gegenwart und um die Zukunft zu stehen? Ob jetzt überhaupt die Zeit sei, die besonderen Wünsche der Industrie, der Landwirtschaft, des Haus- und Grundbesitzes, des Handels und Gewerbes zum Gegenstand

Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete, Inh. Walter Hiete

Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen



von Parteiprogrammen zu machen? Ob es jemals dringlicher gewesen sei, das Trennende beiseite zu stellen und sich im Ringen für Deutschlands Freiheit, für die Erhaltung deutscher Wirtschaft, deutschen Lebens, deutschen Geistes zusammen zu finden? Ob kein Mensch bei uns daran denke, wie gewissenlos es sei, der Jugend, die vielleicht noch vor härteren Aufgaben stehen würde als wir selbst, dieses unerhörte Beispiel der Zerissenheit zu geben und sie der Heimtückung eines unerbittlichen Schicksals für unsere Sünden auszuliefern?

Was soll man verständigen Männern auf solche Fragen

anders entgegen, als daß man aufrichtig bemüht sein will, ihre guten Lehren in Deutschland verbreiten zu helfen! Diese Wahlparole von Utsch in der Tschechoslowakei ist die wichtigste, die für den 14. September dieses Jahres überhaupt ausgegeben werden kann. Die Führer der bürgerlichen Parteien könnten ihr noch in diesem Augenblick durch Einigkeit gerecht werden, die gegen den verantwortungslosen, gedankenarmen, wirklichkeitsfremden, überalterten Marxismus niemals so dringlich gewesen ist wie in diesem Augenblick. Befolgen wir die phrasenärmste und inhaltsreichste Parole: Seid Deutsch!

„Im Osten nichts Neues“

Poincaré über die Ostrevisionfrage

Berlin. In der Sonnabendmorgen-Ausgabe der „Berl. Börsenzeitung“ nimmt der ehemalige Präsident der französischen Republik, Poincaré, unter der Ueberschrift „Im Osten nichts Neues“ zu der Frage der Revision der Ostgrenzen Stellung. Die „Börsen-Zeitung“ weist in einer Kopfnote darauf hin, daß sie die brutal deutliche und für die französische Politik charakteristische Stellungnahme Poincarés bringe, um eine deutsche Antwort zu ermöglichen. Diese Antwort werde Herr Poincaré in der Sonntagsausgabe des Blattes durch Minister Treviranus erteilt werden. Die Ueberschrift des Aufsatzes stamme vom Verfasser, auch die Uebersetzung ins Deutsche sei von französischer Seite geschehen.

In dem Artikel weist Poincaré zunächst darauf hin, daß die Ablehnung der von Clemenceau gewünschten Sicherheitsverträge durch Amerika und England zu einem Versten der Hauptpfeile von Versailles geführt habe. Trotzdem sei Frankreich befreit gewesen, „den Tempel des Friedens“ (gemeint ist der Versailler Vertrag!) zu erhalten. Der Verzicht auf die Verfolgung der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher, die Annahme des Dawesplanes, des Youngplans und die vorzeitige Räumung des Rheinlandes — das alles habe nach Poincaré immer wieder das Geheiß der Revision in unmittelbarer Nähe gebracht. Poincaré erhebt sodann einen scharfen Angriff gegen den Reichs-

präsidenten, indem er sagt: „Wie können unsere Nachbarn, wenn sie wirklich bei der Erreichung eines Dauerfriedens mitwirken wollen, sich nicht über die Gefahr Rechenschaft ablegen, die gegen die Ruhe Europas durch den vielgeschäftigen, aber immer gleichgemeinten Angriff des Präsidenten Hindenburg, Bircks und Treviranus“ aufstürmt?“

Unter Hinweis darauf, daß Deutschland sich durch Unterzeichnung des Kellogg-Paktes den Weg zu einer Gewaltrevision verbaut habe, untersucht Poincaré sodann die vertraglichen Möglichkeiten einer Aenderung der Ostgrenze und sagt: Außer dem Artikel 19 gebe es noch einen Artikel 5, auf Grund dessen die Entschiedungen des Haager Gerichtshofes oder des Völkerbundesrates einstimmig gefällt werden müßten. Es genüge der Widerstand Polens, und Artikel 19 habe keine Möglichkeit, ins Spiel zu treten. Außerdem sei aber auch zu bezweifeln, daß man jemals für den Korridor oder Oberschlesien eine Lösung finden werde, die besser als der gegenwärtige Zustand wäre und ebenso dem Standpunkt des Reiches wie dem Polens gerecht werden würde. Zum Schluß gibt Poincaré eine für die chauvinistische französische Einstellung bezeichnende falsche Darstellung der Vorgänge vor der oberösterreichischen Abstimmung und glaubt, Deutschland vor der Unterminierung eines Wertes warnen zu müssen, „das der europäischen Einigkeit geweiht sei“.

Besuch Brünnings in München

München, 30. August.

Reichskanzler Dr. Brüning ist mit Staatssekretär Dr. Pünder zu einem offiziellen Besuch der bayerischen Staatsregierung in München eingetroffen.

Im Laufe des Vormittags stattete der Reichskanzler unter anderem dem päpstlichen Nuntius Basilio di Torregrossa und Kardinal Erzbischof Dr. von Faulhaber Besuche ab. Der Reichskanzler begab sich darauf mit den Herren seiner Begleitung zum bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Im Anschluß an den Besuch, der Gelegenheit zu einer längeren politischen Aussprache gab, folgte der Reichskanzler mit den Herren seiner Begleitung einer Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem Frühstück im Palais Preysing.

Pensionstürzungsgezet verabschiedet

Berlin, 30. August.

Das Reichskabinett hat den Entwurf eines Pensionstürzungsgezetes verabschiedet. Er wird sofort dem Reichsrat zugeleitet werden.

Ueber die grundlegenden Gesichtspunkte des Entwurfs erfahren wir von unterrichteter Seite: Der Entwurf besteht aus drei Teilen: 1. den Bestimmungen über die Pensionstürzung bei Doppelrentnern, 2. den Bestimmungen über das Höchststuhengegeld und 3. Bestimmungen zur Regelung einzelner Fälle.

Die Pensionstürzung für Doppelrentner will einem pensionierten Beamten, der durch Tätigkeit im Wirtschaftsleben ein Einkommen erarbeitet, das Ruhegehalt um einen diesem Anrechnungseinkommen angeglichenen Teil kürzen.

Das Anrechnungseinkommen bleibt bis zur Höhe von 6000 Mark kürzungsfrei. Von dem übrigen Betrag wird das Einkommen bis zur Hälfte gekürzt. Natürlich beginnt die Pension wieder in voller Höhe zu fließen, wenn das Anrechnungseinkommen aufhört.

Zum Höchststuhengehalt ist vielfach der Wunsch geäußert worden, es auf den festen Betrag von 12 000 Mark festzusetzen. Die Regierung ist diesem Wunsche insofern gefolgt, als Mißverhältnisse beseitigt worden sind.

Die Regelung sieht vor, daß nach fünfjähriger Tätigkeit in der letzten Stellung die volle Höchstpension nach dem Gesetz gegeben werden soll. Bei kürzerer Tätigkeit wird der Betrag der Pension entsprechend gekürzt, bei Beschäftigung unter einem Jahre um 50 Prozent, für längere Tätigkeit entsprechend weniger bis zu einer Kürzung bei vierjähriger Tätigkeit um 10 Prozent. Weiter sind noch

eine Reihe von Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen, in denen verschiedene, schon bestehende Einzelgesetze zusammengezogen sind. Der Entwurf ist verfassungsgemäß. Er umfaßt außer den Beamten des Reiches auch alle Beamten der Länder und Gemeinden. Er hat rückwirkende Kraft für die bisher bezogenen Pensionen, doch gewährt er dem Betroffenen eine Umstellungszeit von sechs Monaten.

Beamtengehälter am 1. September durchaus sicher.

Gegenüber geäußerten Vermutungen, die Reichsregierung sei nicht in der Lage, am 1. September die Beamtengehälter auszusahlen und müsse den Weg kurzfristiger Kredite beschreiten, wird vom Reichsfinanzministerium in aller Form erklärt, daß an diesen unsachlichen Gerüchten kein Wort wahr sei.

Es wurden und es werden mit keiner Bank Verhandlungen weder mittelbar noch unmittelbar in dieser Hinsicht geführt werden. Für die Zahlungen an die Beamten befürchte weder heute noch späterhin irgendeine Gefahr.

Das deutsche Problem

Ausschluß der außereuropäischen Länder von der Europa-Konferenz?

Paris, 29. August.

Die etwas gereizte Erklärung des „Matin“ zu der Diskussion über die Paneuropa-Vorschläge Briands findet eine bezeichnende Parallele in einer Auslassung des „Journé industrielle“. Während der „Matin“ es so darzustellen versuchte, als ob Briand auftragsgemäß das Europa-Memorandum ausgearbeitet habe, um es zur Grundlage einer allgemeinen Aussprache in Genf zu machen, ohne damit eigentliche Ziele zu verfolgen, spricht aus dem „Journé industrielle“ die Besorgnis, daß aus einer solchen allgemeinen Diskussion sich eine Lage entwickeln könnte, die den französischen Interessen nicht dienlich ist. Besonders beunruhigt zeigt sich das Blatt der französischen Industriellen darüber, daß mit dieser Diskussion über den Plan einer Europa-Föderation das deutsche Problem in den Vordergrund gerückt werden könne. Es glaubt annehmen zu sollen, daß die deutschen Delegierten in Genf wahrscheinlich die bekannte These wieder aufnehmen würden, daß eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Organisation möglich sei, wenn nicht zuvor die volle Gleichheit seiner Rechte und seiner Mittel wiederhergestellt, das heißt, die Friedensverträge revidiert seien. Das, so erklärt die „Journé industrielle“, können wir auf keinen Fall zulassen, und wir werden auch klar zum Ausdruck bringen, daß es, wie es bei den Konferenzen von aerinaerer Bedeutung sich bereits ereignet hat, nicht